

## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,



### LISA GNADL, MdB

*Sozialpolitische Sprecherin  
und stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
der SPD-Landtagsfraktion*

die vergangenen Wochen standen vor allem unter dem Zeichen der Haushaltsberatungen. Wenn man sich im Ergebnis den von Schwarzgrün getragenen Sozialhaushalt anschaut, dann kann man festhalten, dass die Landesregierung meint, die Sozial- und Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre mit einem einfachen „Weiter so!“ fortführen zu können. In vielen Bereichen bleibt es bei Projekten und Programmen, die weder Planungssicherheit geben noch ernsthaft dazu beitragen, strukturelle Verbesserungen zu erzielen.

Wer Armut verhindern will, muss einen Aktionsplan zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit auflegen und flächendeckend Strukturen zur Armutsbekämpfung schaffen. Wer etwa einen Ausbau der Kindertagesbetreuung, bessere Betreuungsqualität und das dazu notwendige Fachpersonal will, muss endlich den Betriebskostenanteil des Landes für die Städte und Gemeinden erhöhen und die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessern. Wer eine flächendeckende Gesundheitsinfrastruktur erhalten will, der muss in die Krankenhäuser und den öffentlichen Gesundheitsdienst angemessen investieren. Wer in allen Landesteilen Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen sind, Hilfe und Schutz bieten möchte, muss in Kinderschutz, in Frauenhäuser oder Beratungsstellen für Opfer sexueller Übergriffe investieren und diese flächendeckend ausbauen.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Hessen braucht endlich eine Landesregierung, die eigene Akzente setzt und strukturelle Veränderungen in der Sozialpolitik einleitet.

Ihre

Lisa Gnagl





## WO BLEIBT DER HESSISCHE KRANKENHAUSGIPFEL?



von Dr. Daniela Sommer

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat CDU-Ministerpräsident Boris Rhein aufgefordert, seine vollmundigen Ankündigungen aus der Regierungserklärung im Juni 2022 einzuhalten. Die leeren Versprechen des Ministerpräsidenten ziehen sich durch alle Bereiche wie ein roter Faden: Er kündigt an, aber dann passiert nichts. Statt selbst anzupacken, wird hilflos in Richtung Bund geschaut. Jüngstes Beispiel ist seine Forderung nach einem ‚Kinder-Gesundheitsgipfel‘. Dabei hat Herr Rhein scheinbar ganz vergessen, dass er selbst einen Krankenhausgipfel durchführen wollte. Eine Einladung hierzu gab es leider noch nicht.

Aber die SPD-Fraktion braucht die Landesregierung nicht, um sich mit den Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Krankenhäuser an einen Tisch zu setzen und hat bereits im September einen eigenen digitalen Krankenhausgipfel durchgeführt, zu dem die hessischen Klinikleitungen eingeladen waren. Die große Resonanz, die unser Gipfel bei den Chefinnen und Chefs der Kliniken gefunden hat, belegt eindrucksvoll, wie drängend der Gesprächsbedarf bei den Verantwortlichen ist. Die Lücke zwischen der Krankenhausförderung durch das Land und dem tatsächlichen Mittelbedarf ist erheblich und für manche Einrichtungen inzwischen

existenzbedrohend. Kliniken, die finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen, sparen zwangsläufig im Kernbereich ihrer Aufgaben – bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Eine gute Gesundheitsversorgung gibt es nur in Krankenhäusern, die in jeder Hinsicht gut ausgestattet sind. Die explodierenden Energiekosten und die galoppierende Inflation sind im bestehenden Krankenhausfinanzierungssystem nicht zu kompensieren. Aus Sicht der hessischen Krankenhausgesellschaft schlägt zudem die hohe Preissteigerungsrate gerade bei den Investitionen der Krankenhäuser voll durch. Deshalb hätte die Lücke bei den Investitionen schon im ersten Jahr des geplanten Doppelhaushaltes 2023/24 geschlossen werden müssen. Einen entsprechenden Haushaltsantrag hierzu finden Sie auf den folgenden Seiten. Entweder die Landesregierung bezuschusst die Krankenhäuser endlich so, dass diese auskömmlich wirtschaften können – oder Schwarzgrün sagt ehrlich, dass sich die Menschen im Land auf eine Verschlechterung der klinischen Gesundheitsversorgung einstellen müssen. Das sind die beiden Optionen, zwischen denen sich Schwarzgrün in dieser Situation entscheiden kann.

Das Thema Gesundheitsversorgung reicht allerdings weit über die aktuellen Probleme der Krankenhäuser hinaus, auch die Engpässe bei der Lieferung von Medikamenten und medizinischen Hilfsmitteln müssen auf Landesebene angegangen werden.



Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat deswegen vorgeschlagen, eine parlamentarische Anhörung anzusetzen, in der mit den entscheidenden Akteuren nach Wegen gesucht werden sollte, ins Ausland verlagerte Produktionskapazitäten für wichtige Medikamente und Medizinprodukte wieder zurückzuholen. Auf diese Weise würde nicht nur der Gesundheitsschutz der Menschen sichergestellt, Hessen würde dabei zugleich als Standort für hochwertige pharmazeutische und medizintechnische Güter gestärkt.

Generell müssen alle Bereiche des Gesundheitswesens gestärkt werden. Doch jeder Vorstoß wurde seitens der Koalitionsfraktionen mit dem Hinweis abgelehnt, dass man bereits alles tue und im Griff habe. Es braucht endlich mehr Medizinstudienplätze, einen Aktionsplan für mehr Kinderärzte, Vorhaltekapazitäten von Lebensmitteln, Medikamenten, und Sanitätsmaterial. Hessen muss zudem als Produktionsstandort und

als internationales Kompetenzzentrum der Gesundheitswirtschaft - als APOTHEKE 2.0 – gestärkt und ausgebaut werden.

## JUGENDBETEILIGUNG MUSS IN VERSCHIEDENEN FORMATEN REALISIERT WERDEN

von Turgut Yüksel

Wir wollen nicht nur über Kinder und Jugendliche sprechen, sondern gemeinsam mit ihnen unsere Gesellschaft gestalten. Dazu bedarf es vielfältiger Formate zur Beteiligung junger Menschen. Von einer solchen Vielfalt leben Demokratie und Politik. Deshalb müssen wir gerade junge Menschen frühzeitig in politisches Geschehen und politische Prozesse einbeziehen. Ein positives Beispiel war der HOP! Landesjugendkongress im Dezember 2022. Nun gilt es, den Forderungskatalog der Jugendlichen abzuwarten. Der Kongress ist für uns ein Baustein von vielen für unsere weitere politische Arbeit.

Die schwarzgrüne Landesregierung setzt allerdings beinahe ausschließlich auf den Landesjugendkongress und blendet weitere Beteiligungsformate für Jugendliche aus.



Bereits diskutierte Vorschläge wie ein Jugendrat Hessen als dauerhafte landesweit institutionalisierte Form der Jugendbeteiligung oder eine Fachstelle Jugendbeteiligung, die fachliche Begleitung und Koordination verschiedener Formate politisch unabhängig übernimmt, spielen in den Überlegungen der Landesregierung keine Rolle – in unseren Überlegungen dafür sehr wohl. Aus unserer Sicht sollte es außerdem eine Verstetigung des Landesjugendkongresses und weitere Unterstützung für den Hessischen Jugendring bei dessen Durchführung geben.

Zudem braucht es auf kommunaler Ebene flächendeckend Beteiligungsformate für junge Menschen.

CDU und Grüne haben im Bereich der Jugendbeteiligung eindeutig keine wirklich engagierte und offene Haltung. Die Wahrheit ist, dass sich die Hessische Landesregierung weiter dem Wahlrecht mit 16 verwehrt, während in anderen Bundesländern und auch bei der Europawahl Jugendliche bereits abstimmen dürfen.

Diese Ungerechtigkeit und Bevormundung ist bezeichnend dafür, wie wenig Wertschätzung man seitens Schwarzgrün jungen Menschen entgegenbringt und muss zügig beendet werden.



## WIR BRAUCHEN EINE BESSERE KOORDINATION BEI DER UNTERBRINGUNG UND BETREUUNG VON GEFLÜCHTETEN

von Nadine Gersberg



Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landkreise und kommunale Spitzenverbände warnen seit Monaten vor einer Überbelegung der Unterbringungen für Geflüchtete und klagen ebenso lang über die unzureichende Unterstützung durch die Landesregierung. Doch Schwarzgrün nimmt die schwierige Lage der Kommunen offensichtlich nicht ernst.

Sind die Menschen erst einmal aus den Erstaufnahmeeinrichtungen heraus und auf die Kommunen verteilt, sinkt die Bereitschaft zu helfen und zu unterstützen. Schwarzgrün steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass die Unterbringung von Geflüchteten allein Sache der Kommunen sei.

Selbst wenn sich diese Haltung rein juristisch darstellen lässt – politisch ist das Nichtstun der Landesregierung verwerflich. Noch problematischer ist in diesem Zusammenhang die Forderung des Ministerpräsidenten nach neuen Verhandlungen mit dem Bund über die Kosten für Flüchtlinge. Denn während Herr Rhein bereits nach mehr Geld aus Berlin fragt, hat er die vorhandenen Bundesmittel noch nicht einmal in Gänze an die Kommunen weitergegeben.



Für 2023 hat das Land 205 Millionen Euro vom Bund erhalten, doch lediglich die Hälfte davon an die hessischen Kommunen weitergeben. Hier sollte die Landesregierung erst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Mehr Geld für die hessischen Kommunen ist immer gut, aber erst einmal muss das vorhandene Geld vollumfänglich an sie ausgezahlt werden.

Deshalb: Das Land muss umgehend die Pauschalzahlungen an die Kommunen für die Unterbringung und Betreuung der Geflüchteten erhöhen und zudem Landesimmobilien für die Unterbringung bereitstellen. Darüber hinaus benötigen die Städte, Gemeinden und Kreise zusätzliche Landesgelder, um die personelle Ausstattung der Ausländerbehörden verbessern zu können.

Um das Große und Ganze in den Blick zu bekommen, um Lösungen für die akuten Probleme zu finden und um Vorbereitungen für die Zukunft treffen zu können, braucht Hessen einen regelmäßig stattfindenden Flüchtlingsgipfel. Alle Akteurinnen und Akteure, von den Kommunen über soziale Träger und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe müssen dabei zusammen an einen Tisch, um auf Augenhöhe miteinander arbeiten können.



## BELANGE VON SENIORINNEN UND SENIOREN BRAUCHEN AUF ALLEN EBENEN EINE STIMME

von Ulrike Alex



Das tägliche Leben spielt sich in den Städten und Gemeinden ab. Seit vielen Jahren fordern wir deshalb, in unserer älter werdenden Gesellschaft den Expertinnen und Experten im Bereich der Seniorenpolitik eine Stimme durch die Einrichtung eines Seniorenbeirats in jeder Kommune zu geben.

Allein durch die Änderung eines Halbsatzes in der Hessischen Gemeindeordnung könnte diese Vorgabe gemacht werden. Dann wäre die Kommune gefordert, zu begründen, warum gerade bei ihr die Einrichtung eines Seniorenbeirats nicht möglich ist und dann wird die Möglichkeit zur Einrichtung eines solchen Beirats gründlich geprüft.

Alternativ könnte man in kleineren Städten und Gemeinden auch eine/n ehrenamtliche/n Seniorenbeauftragte/n wählen. Die Landesvertretung der Seniorinnen und Senioren soll Seniorenbeiräte bei ihrer Gründung unterstützen, Informationen verbreiten und Fortbildungen organisieren. In den letzten Jahren wurden die engagierten Ehrenamtlichen vom zuständigen Sozialministerium wenig unterstützt.



Das muss sich ändern. Wir werden dieses Problem aktiv angehen und werden erneut einen Antrag zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung einbringen. Denn wir wollen nicht nur Politik für Seniorinnen und Senioren machen, sondern vor allem mit ihnen.

und nicht von einer Behörde zur nächsten geschickt werden. Für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert sind und keine Wohnung finden, wollen wir eine landesweite Struktur an Wohnraumhilfen aufbauen. Hierfür gibt es in Kassel und Darmstadt bereits gute Beispiele, an die wir anknüpfen wollen.

Zum Kampf gegen die Wohnungslosigkeit gehört ebenso zwingend, die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen wieder zu erhöhen, deren Mieten auch für Gering- und Mittelverdiener/-innen bezahlbar sind. Dafür stellt die Bundesregierung eine Förderung von 14,5 Milliarden Euro bis 2026 bereit, die aber nur dann Wirkung entfalten kann, wenn sich die Länder aktiv an der Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus beteiligen. An dieser Stelle fehlt es Schwarzgrün bedauerlicherweise an Engagement und Ehrgeiz.

## KAMPF GEGEN WOHNUNGSLOSIGKEIT MUSS ENDLICH AN FAHRT AUFNEHMEN

von Lisa Gnadl

Obdachlose Menschen werden oftmals nur als Störung im Stadtbild wahrgenommen, die vielfältigen individuellen Probleme hinter dem Verlust der eigenen Wohnung bleiben für unsere Gesellschaft unsichtbar.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit dem Nationalen Aktionsplan dem Thema der Wohnungslosigkeit endlich eine größere politische Bedeutung eingeräumt. Das wollen wir auch in Hessen tun! In Hessen muss dazu ein Netz von Fachstellen aufgebaut werden, die Präventionsarbeit leisten, um den Verlust der eigenen Wohnung abzuwenden. Denen, die bereits obdachlos sind, müssen niedrigschwellige Angebote gemacht werden können. Außerdem ist eine landesweite Struktur der Wohnraumhilfen erforderlich. Die Hilfs- und Unterstützungsangebote sollten idealerweise so gebündelt werden, dass wohnungslose Menschen eine zentrale Anlaufstelle haben

## KONTAKT ZU UNS



Parlamentarische Referentin:  
**Bettina Kaltenborn**  
Telefon: +49 (0) 611 350 516  
E-Mail: [b.kaltenborn@ltg.hessen.de](mailto:b.kaltenborn@ltg.hessen.de)



Sachbearbeitung:  
**Nada Yacoub**  
Telefon: +49 (0) 611 350 520  
E-Mail: [n.yacoub@ltg.hessen.de](mailto:n.yacoub@ltg.hessen.de)



## DOPPELHAUSHALT 2023/2024: Unsere Änderungsanträge zum Sozialhaushalt

Wir haben eine ganze Reihe von Änderungsanträgen zum Sozialhaushalt eingebracht.  
**Zu den Initiativen gelangen Sie mit KLICK.**

